



Bezirk
Küssnacht

Bezirksgemeinde
Montag, 12. Dezember 2022, 20 Uhr,
im Monséjour - Zentrum am See

Vorsitz:	Ebert Oliver, Bezirksammann
Mitglieder Bezirksrat:	Gamma Petra, Statthalterin Hofer Sibylle, Bezirksrätin Hunziker René, Bezirksrat Küng Peter, Säckelmeister Schlömmer Roman, Bezirksrat Schuler Toni, Bezirksrat
Protokoll:	Sinoli Marc, Landschreiber
Anwesend:	148 Personen
Stimmberechtigte:	142 Personen
Absolutes Mehr:	72 Stimmen

Bezirksammann Oliver Ebert begrusst alle Anwesenden, darunter auch die Medienschaffenden

Es sind folgende Medienschaffende anwesend:

- Freier Schweizer: Fabian Duss
- Bote der Urschweiz. Edith Meyer und Erhard Gick

Bezirksammann Oliver Ebert dankt den Medienschaffenden für eine korrekte Berichterstattung und wünscht allen Teilnehmern eine speditive, informative und sachliche Versammlung

Bezirksammann Oliver Ebert erklärt die *Bezirksgemeinde* als eröffnet.

Er halt nach Gemeindeorganisationsgesetz (GOG) fest

- Das Protokoll der letzten Bezirksgemeinde vom 11. April 2022 hat der Bezirksrat mit Beschluss Nr 406/2022 am 24 August 2022 genehmigt.
- Die Einladung zur heutigen Bezirksgemeinde erfolgte fristgerecht per Inserat am 18 November 2022 in der Lokalzeitung. Zudem wurde die Botschaft mit sämtlichen relevanten Unterlagen termingerecht 10 Tage vorher an alle Haushalte zugestellt (§ 20 Abs 2 GOG)
- Stimmberechtigt ist gemäss § 5 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen nur, wer im Bezirk Küsnacht Wohnsitz hat: "Das Stimmrecht kann nur in der Wohnsitzgemeinde ausgeübt werden". Zuwiderhandlungen sind strafbar.
- Nicht stimmberechtigte Personen sind unter Strafandrohung verpflichtet, sich im *eigens dafür bezeichneten Bereich*, vorne in die erste Reihe einzufinden.

Die Verhandlungen werden wie bis anhin auf Tonband aufgenommen.

Schliesslich werden die anwesenden Sprecher gebeten, ihre Voten, unter Nennung von Vornamen, Namen und Adresse, am Mikrophon zu halten. Um eine störungsfreie Versammlung durchzuführen, sind sämtliche Mobiletelefone auf lautlos zu stellen.

Er übergibt das Wort Landschreiber Marc Sinoli zum Verlesen der Traktandenliste.

Landschreiber Marc Sinoli begrüsst die Anwesenden und verliest gemäss § 26 Abs. 1 GOG die Traktanden der heutigen Bezirksgemeinde.

- 1 Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
- 2 Wahl der Stimmzählenden
- 3 Genehmigung des Voranschlages 2023 mit Festsetzung des Steuerfusses 2023
- 4 Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Schulraumerweiterung, Umbauten und Sanierung des Schulhauses Immensee
- 5 Verschiedenes

Zum Ablauf und von möglichen Anträgen verweist **Landschreiber Marc Sinoli** auf die Seiten 7 bis 9 der Botschaft. Dort ist auch das Verfahren von geheimen Wahlen und Abstimmungen beim Urnensystem erläutert.

Kurz zusammengefasst heisst das was folgt:

- Alle Traktanden werden definitiv durch die Bezirksgemeinde verabschiedet. Es findet keine Urnenabstimmung statt. Eine Überweisung an die Urne ist unzulässig.
- Der Voranschlag 2023 wird nach Beratung der einzelnen Anträge am Schluss gesamthaft verabschiedet.
- Es werden vorab die formellen Anträge zur Abstimmung gebracht. Wird einem entsprechenden Antrag stattgegeben, erübrigt sich die Weiterführung und Beratung.
- Nur zu gültigen Anträgen kann eine geheime Abstimmung verlangt und durchgeführt werden. Die Abstimmung über eine geheime Abstimmung findet am Schluss der Beratung statt, bevor über die gestellten formellen oder materiellen Anträge abgestimmt wird. Über den Antrag auf geheime Abstimmung wird immer im offenen Handmehr abgestimmt. Eine geheime Abstimmung ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Stimmenden dies im offenen Handmehr beschliesst.

Der Landschreiber übergibt das Wort an **Bezirksammann Oliver Ebert**.

Bezirksammann Oliver Ebert fährt gemäss der Traktandenliste fort.

A-Geschäft

8

010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung
010.1 Botschaften und Akten
Traktandum 02 Wahl der Stimmzähler

Aktenzeichen: 010.1-20.4258.20

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und durch die Versammlung genehmigt:

- Damian Mettler, Bezirksweibel

In alphabetischer Parteienreihenfolge:

- Dario Vötsch Vertreter der FDP
- Alois Zimmermann Vertreter Die Mitte
- Balz Theus Vertreter der SP und Unabhängige
- Joe Weiss Vertreter der SVP

Der Bezirksammann, der Landschreiber und die vier Stimmzähler bilden das Büro der Bezirksgemeinde. Entscheide über Abstimmungen haben das Büro zu beraten und nicht die übrigen Mitglieder des Bezirksrates.

Bezirksammann Oliver Ebert ersucht die Versammlung um Wahl der vorgeschlagenen Stimmenzähler. Die Wahl erfolgt mehrheitlich

Insgesamt sind 142 stimmberechtigte Personen anwesend, womit das absolute Mehr bei 72 Personen liegt. Zudem sind drei Medienschaaffende (wovon eine Person stimmberechtigt ist) und vier Gäste anwesend.

C-Geschäft

10

9 Finanzen und Steueramt
92 Bezirksfinanzen
920 Voranschlag
920.1 Voranschlag

Traktandum 03 Voranschlag 2023 und Festlegung des Steuerfusses 2023

Aktenzeichen, 920.1-15.1531 9

Bezirksrätlicher Sprecher: **Säckelmeister Peter Küng**

Es wird anbei auf die an der Bezirksgemeinde aufgeschaltete PowerPoint-Präsentation verwiesen, die einen integrierenden Bestandteil bildet

Peter Küng begrusst alle Teilnehmenden der Bezirksgemeinde und erläutert, den organisatorischen Ablauf des umfassenden Traktandums

Der Voranschlag 2023 des Bezirks Küssnacht rechnet bei der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr 254'389 85 – dies bei einem Gesamtaufwand von Fr. 81'424'732 40 und einem Gesamtertrag von Fr 81'679'122 25. Der Säckelmeister erläutert, dass ein positives Ergebnis derzeit nicht selbstverständlich sei. Dies sei nur möglich, dank steigenden Steuereinnahmen natürlicher Personen.

Weiter erwähnt Säckelmeister Peter Kung, dass die Erarbeitung des Voranschlags 2023 nicht ganz einfach war. Verschiedene Unsicherheiten hätten den Prozess begleitet. Der Säckelmeister erwähnt die aktuell schwierige geopolitische Lage mit zunehmenden Flüchtlingsströmen, die Energiemangellage, die steigenden Zinsen, der Fachkräftemangel, die Auswirkungen von Corona und die derzeitige Inflation mit steigenden Kosten in allen Bereichen – auch bei den Sachaufwänden. Der Bezirksrat habe sich die Erarbeitung des Voranschlags nicht einfach gemacht und habe den Entwurf Anfang September nochmals in alle Ressorts zur Überarbeitung zurückgewiesen, um weitere Einsparungen vorzunehmen. Zudem erwähnt Peter Küng, dass der Bezirk derzeit vor allem im Schul- und Asylwesen gefordert sei und in diesen Bereichen mit den Liegenschaften an seine Grenzen stosse.

Zur Erfolgsrechnung 2022 beantragt der Bezirksrat einen Nachtragskredit von insgesamt Fr 90'400.--. Dieser sei gemäss Küngs Ausführungen nötig geworden, da die Schule auf das neue Schuljahr hin einen zusätzlichen Schulraum im Chli Ebnet 3 mieten musste. Zudem werden Nachtragskredite zur Investitionsrechnung 2022 von insgesamt Fr 1'335'875 -- beantragt. Details dazu können der Botschaft auf Seite 15 entnommen werden. Der grösste Anteil an den Nachtragskrediten hat mit Fr 924'375.-- der Ausbau der Mietliegenschaft Chli Ebnet für die Sonderschule.

Der budgetierte Personalaufwand 2023 nimmt aufgrund von personalrechtlichen Lohn-

anpassungen und gesetzliche Änderungen massiv zu. Die Änderungen des Gesetzes über die Pensionskassen des Kantons Schwyz sieht ab 1. Januar 2023 eine Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge von neu 12% anstelle von 10% vor, was für den Bezirk Küssnacht eine Kostensteigerung von rund Fr. 600'000.-- ausmacht. Das vorliegende Budget 2023 enthält zudem eine teuerungsbedingte Anpassung der Gehälter von 3%, was einer Lohnsummensteigerung von Fr. 900'000 -- entspricht. Die definitive Festsetzung erfolgt durch den Regierungsrat. Dieser hat nun Anfang Dezember bekannt gegeben, einen Teuerungsausgleich von 2% gewähren zu wollen. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben ist der Bezirk Küssnacht gehalten, diesen Teuerungsausgleich zu übernehmen. Säckelmeister Peter Kung erwähnt weiter, dass durch die gestiegenen Schülerzahlen und die zusätzlichen Herausforderungen im Sozialbereich mehr Leute durch den Bezirk beschäftigt würden als noch im vergangenen Jahr.

Der budgetierte Sachaufwand liegt um Fr. 803'145 -- über jenem des Voranschlags 2022, was vor allem auf höhere Kosten für Dienstleistungen und Honorare Dritter sowie erhöhten Mietkosten zurückzuführen ist. Säckelmeister Peter Kung erwähnt hier insbesondere den gestiegenen Bedarf an gemieteten Räumlichkeiten im Bildungs- sowie im Asylwesen. Überdies erwähnt er Mehrausgaben im Bereich Umwelt und Raumordnung aufgrund der laufenden Gesamtrevision der Nutzungsplanung.

Gliedert man den Aufwand nach Funktionen, so wird deutlich, dass der Aufwand im Bereich Bildung stark steigt. Säckelmeister Peter Kung erwähnt, dass der Bezirk Küssnacht derzeit rund 1300 Schulkinder zählt. Aufgrund der Geburtszahlen müsse bereits in fünf Jahren mit insgesamt 1500 Kindern gerechnet werden. Prognosen gingen sogar davon aus, dass bis in fünfzehn Jahren 1600 Schulkinder gezählt würden. Die Schule benötige daher dringend mehr Platz, in den nächsten Jahren müssten zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen werden. Der Bezirksrat sei deshalb aktuell daran, verschiedene Optionen zu prüfen, um die Schulliegenschaften auszubauen. Auch die Idee eines neuen Primarschulhauses im Ebnet stünde zur Diskussion. Zudem verweist Peter Kung auf die gestiegenen Kosten im Bereich Soziale Sicherheit. Derzeit befänden sich zirka 220 geflüchtete Personen aus der Ukraine im Bezirk, insgesamt seien es 360 Personen im Asylbereich. Solche, die länger hier seien, versuche man zu integrieren. Dazu beschäftige der Bezirk auch einen Jobcoach. Überdies würden auch ukrainische Kinder im Bezirk Küssnacht die Schule besuchen.

Die budgetierten Fiskalerträge, die in den vergangenen Jahren stets zugenommen haben, präsentieren sich sehr gut. Die schlechteren Aussichten für die Wirtschaft, die Teuerung, die Inflation, der Krieg in der Ukraine sowie die übrige weltpolitische Lage trüben die Aussicht auf die kommenden Jahre leicht. Die Budgetierung der Fiskalerträge unter diesen Aspekten ist sehr volatil und die Abschätzung der Auswirkungen auf die Planjahre 2024 bis 2026 sind sehr schwierig. Bei den Steuern der natürlichen Personen (inkl. Quellensteuern, Nach- und Strafsteuern, Kapitalabfindungssteuern, usw.) erwartet der Bezirk für 2023 Erträge von insgesamt Fr. 50'400'000 -- (Budget 2021: Fr. 46'510'000.--). Der Voranschlag geht davon aus, dass die positive Entwicklung der Steuereinnahmen der natürlichen Personen anhält. Bei den Steuern der juristischen Personen werden für 2023 Erträge von total Fr. 3'695'000 -- veranschlagt, was einer moderaten Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 2022 von Fr. 3'590'000.-- entspricht.

Bei der Investitionsrechnung beträgt das budgetierte Gesamtergebnis der Nettoinvestitionen 2023 Fr. 17'733'900 --. Die grössten anstehenden Investitionsprojekte sind der Abschluss Sanierung Seebodenstrasse, die Sportanlagen Luterbach (Hochbau, Gebäude und Tiefgarage), die provisorischen Klassenzimmer in Modulbauweise beim Schulhaus Seematt 1 und die Renaturierung Dorfbach Giessenbach (Bereich Lindenhofwiese). Kung verweist mit einer separaten Folie auf der PowerPoint-Präsentation darauf, dass für die Jahre 2022 und 2023 mit höheren Nettoinvestitionen gerechnet werde als derzeit in den

Jahren 2024 bis 2026

Der Bezirk prognostiziert für die Rechnung 2022 einen Ertragsüberschuss von rund 6 Millionen Franken. Budgetiert wäre 1 Million Franken gewesen.

Das Eigenkapital des Bezirks Küssnacht beläuft sich gegenwärtig auf rund 100 Millionen Franken. Durch die per 1. Januar 2021 erfolgte Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2) wurde das Eigenkapital neu bewertet und um rund 60 Millionen Franken aufgewertet. So schlägt allein die Liegenschaft Schürmatt in Küssnacht derzeit mit 36 Millionen Franken Eigenkapital zu Buche, die Liegenschaften im Fänn mit 6 Millionen Franken.

Das Fremdkapital des Bezirks ist wieder rückläufig. Dank des guten Rechnungsabschlusses im Jahr 2021 konnte der Bezirk viel davon zurückbezahlen. Nichtsdestotrotz beläuft sich das Fremdkapital nach wie vor auf rund 54 Millionen Franken.

Das Problem der Spezialfinanzierung Feuerschutzwesens ist nach wie vor nicht gelöst, sagt Peter Kung, der Säckelmeister. Er präsentiert die Entwicklung der Unterdeckung anhand einer PowerPoint-Folie. Das Stimmvolk habe sich am 15. Mai 2022 gegen eine entsprechende Vorlage zur Revision des Feuerwehreglements ausgesprochen, die vorgesehen hätte, neu einen Feuerwehrbeitrag für Gebäude- und Anlageneigentümer einzuführen, um die Spezialfinanzierung wieder ins Lot zu bringen. Der Bezirksrat stünde daher aktuell in Kontakt mit dem Kanton, um abzuklären, wie das Problem gelöst werden konnte.

Auch die Spezialfinanzierung des Sunnehof weist weiterhin eine Unterdeckung aus. Peter Kung erläutert die Situation der Spezialfinanzierung anhand einer PowerPoint-Folie. Entgegen dieser Darstellung würde man für das laufende Jahr jedoch mit einer schwarzen Null rechnen. Gemäss Kung verbessere sich die Situation in kleinen Schritten. Für eine Vollausslastung des Alters- und Pflegeheims fehle es jedoch aktuell an Personal.

Der Voranschlag 2023 des Pflegezentrums Seematt rechnet mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 62'219.–.

Der Steuerfuss für das Jahr 2023 wird auf 165 Prozent je Einheit beantragt.

Säckelmeister Peter Kung bilanziert, dass es dem Bezirk Küssnacht finanziell gut gehe. Dank des komfortablen Eigenkapitals und einer konsequenten und zielgerichteten Ausgaben- und Investitionspolitik werden der Bezirk die anstehenden und aber auch immer komplexeren Aufgaben finanzpolitisch bewältigen können. Auch sei der Bezirk in Sachen Organisation gut gerüstet. Kung sagt, dass das Budget aber von Jahr zu Jahr einen grosseren Kampf werde, da die Finanzaussichten für die kommenden Jahre unsicher seien. Der Säckelmeister dankt abschliessend der gesamten Verwaltung und dem Bezirksrat sowie allen, die zum Voranschlag 2023 beigetragen haben.

Bezirksammann Oliver Ebert eröffnet die Diskussion und erwähnt, dass die Rechnungsprüfungskommission das Geschäft geprüft hat und es zur Annahme empfiehlt. Um allfällige Anträge und Voten zu kanalisieren, werde er das Wort wie folgt zu folgenden Themen freigeben:

1. Zu den Nachtragskrediten
2. Zum Voranschlag 2023
3. Zur Investitionsrechnung 2023
4. Zum Voranschlag 2023 des Pflegezentrums Seematt
5. Zum Steuerfuss 2023

Nachtragskredite: (keine Wortmeldungen)

Voranschlag 2023: (keine Wortmeldungen)

Investitionsrechnung 2023:

Roli Müller, Küssnacht, stellt als Sprecher der SVP-Ortspartei den Antrag um Streichung der Projektkosten "Planung Ersatzbau Asylunterkunft" in der Höhe von Fr. 400'000 -- Er unterstreicht, dass man nun schnelle Lösungen im Asylbereich benötige. Ein Haus, das viel koste und dessen Bau gewisse Vorlaufzeit brauche, würde aber das Problem nicht lösen. Aufgrund der Dringlichkeit würde auch der Kanton modulare Lösungen empfehlen. Auch die Gemeinde Meggen habe mit einer modularen Container-Anlage eine schnelle Lösung gefunden. Eine solche Container-Anlage könnte überdies mit einem Energieprojekt verknüpft werden, sagt Müller. Mit einem Crowd-Energy-Projekt könnte der Bezirk beispielsweise Erfahrungen sammeln, die er für weitere Projekte nutzen könnte. Eine solche Möglichkeit dürfe man nicht verpassen, betont Müller. Es brauche ein vernetztes Denken. Überdies könne man auch mit Containern etwas Gutes machen, wenn man sie nicht vergammeln lasse.

Alex Keller, Küssnacht, ist vom Antrag der SVP nicht überrascht, da sie bereits in Presseberichten angekündigt habe, dass sie sich für eine Containerlösung ausspreche. Keller erwähnt, dass die Unterbringung von Personen aus dem Asylbereich ein grosses Problem sei und die Verwaltung fieberhaft nach Wohnraum suche. Problematisch käme hinzu, dass es im Bezirk Küssnacht für das tiefste Einkommenssegment kaum mehr Wohnungen gäbe. Er glaube, dass die Unterbringungen in Containern zu einer Ghettoisierung führen könnte. Gerade für Familien sei das Leben in diesen Unterkünften sehr schwierig, insbesondere in Bezug auf Privatsphäre. Überdies sei die Lebensdauer von Containern sehr beschränkt, daher müsse man sich schon fragen, ob Container auf die Länge wirklich günstiger kämen. Man müsse neben dem Erneuerungsbedarf auch die Energiekosten anschauen. Er pladiert dafür, dass der Bezirk eine sorgfältige Planung für Unterkünfte machen kann. Bessere Unterkünfte könnten später allenfalls auch von weiteren Bevölkerungskreisen genutzt werden, falls man sie nicht mehr zur Unterbringung von Flüchtlingen brauche.

Roland Huwyler, Merlischachen, verweist in seinem Votum auf die aktuellen Zahlen des Asylwesens in der Schweiz. Er bezeichnet die Unterbringung der Asylsuchenden in Containern als unwürdig. Der Bezirk Küssnacht sei gefordert, Flüchtlinge aufzunehmen – jetzt und auch längerfristig. Er unterstützt das Ansinnen des Bezirksrats, eine saubere Planung zu machen, um das Problem zu lösen.

Mathias Bachmann, Küssnacht, spricht als Vertreter der Mitte-Ortspartei. Er erwähnt, dass er bereits an der Bezirksgemeinde vor einem Jahr den Bezirksrat gebeten habe, die Planung eines Asylzentrums respektive die Planung von Unterkünften in kostengünstigen Immobilien wieder aufzugreifen. Er bedankt sich beim Bezirksrat, dass dieser seiner Forderung nun nachgekommen sei und das Anliegen im Voranschlag aufgenommen habe. Bachmann unterstützt das Ansinnen des Bezirksrats, Fr. 400'000.-- im Voranschlag für die Planung des Ersatzbaus der Asylunterkunft einzustellen. Aktuell komme der Bezirk nicht darum herum, weiterhin auf die Containerlösung zu setzen. Längerfristig werde er aber günstigen Wohnraum für Flüchtlinge, aber auch für Schweizerinnen und Schweizer, schaffen müssen. Weiter fährt Bachmann fort, dass ein Vorredner fälschlicherweise behauptet habe, dass der Regierungsrat selbst Containerlösungen empfehle. Bachmann zitiert deshalb aus der Antwort auf eine von ihm als Kantonsrat eingereichte Kleine Anfrage betreffend Unterbringungen in Gewerbe- oder Industriegebäuden. In der Antwort habe der Regierungsrat tatsächlich geschrieben, dass Containerlösungen prüfungswert seien, da sie preiswert in der Anschaffung und einfach im Betrieb zu handhaben seien.

Zugleich schrieb er aber auch, dass die Gemeinden mittel- und langfristig gut beraten seien, nachhaltige Unterbringungskonzepte zu erarbeiten. Bachmann betont, dass es künftig flexibel einsetzbare und kostengünstige Unterkünfte brauche, welche im Bedarfsfall auch Schweizerinnen und Schweizern zur Verfügung gestellt werden könnten.

Samuel Lütolf, Küssnacht, erwähnt nochmals die angespannte Lage mit den zunehmenden Flüchtlingszahlen. Er appelliert, dass es jetzt rasch eine Lösung und zusätzlichen Wohnraum brauche und nicht erst in drei bis vier Jahren. Der SVP sei es daher ein Anliegen, dass jetzt investiert werde. Containerlösungen als Unterkünfte könnten schnell zur Verfügung gestellt werden. Überdies gäbe es Containerlösungen, die eine gute Lebensqualität bieten würden. Er vergleicht die Situation von Küssnacht überdies mit jener der Gemeinde Ingenbohl, wo in der Asylunterkunft keine ukrainische Flüchtlinge untergebracht seien, sondern vorab Personen aus anderen Ländern. In Küssnacht habe man nun ein Problem mit dem Wohnraum, weil im Bezirk viele Ukrainerinnen und Ukrainer gemeldet seien. Das Problem müsse daher nun schnellstmöglich angegangen werden. Lütolf plädiert für die Streichung des entsprechenden Budgetpostens und dafür, dass Geld für schnell einsetzbare und intelligente Containerlösungen eingesetzt wird.

Martin Raña, Küssnacht, gibt sich überzeugt, dass der Bezirksrat jetzt schon Probleme löst. Er könne ja gar nicht anders. Raña bezeichnet die derzeitige Containerunterkunft als Schandfleck. Er fragt die Versammlung rhetorisch, ob man diesen Schandfleck in zwanzig bis dreissig Jahren immer noch haben möchte. Falls nicht, solle man jetzt etwas planen und ein Projekt fürs Volk bringen. Dann könnte das Stimmvolk entscheiden, ob man diesen Schandfleck noch haben will oder eine gute Lösung.

Alex Keller, Küssnacht, meldet sich nochmals zu Wort. Es sei allen klar, dass es dringenden Handlungsbedarf gäbe. Die Frage sei jedoch, ob der Handlungsbedarf gefördert werde, wenn man den entsprechenden Budgetposten nun streiche. Diese Frage beantwortet Keller mit "Nein". Man müsse die Sache nun angehen. Er plädiere daher dafür, den entsprechenden Budgetposten nicht zu streichen.

Peter Häusermann, Immensee, sagt, dass es nicht nur um die Planung gehe. Mit einer Planung allein stehe noch kein Haus. Ein Projekt koste letztlich viel mehr. Er unterstreicht ebenfalls die Vorteile einer Containerlösung. Container seien modular, schnell einsetzbar und einfach zu verbessern. Die Frage sei aber, ob man überhaupt bereit sei, etwas zu verbessern. Er verweist auf einen Artikel in der heutigen Ausgabe des "Bote der Urschweiz". Darin würde erwähnt, dass das Flüchtlingsproblem temporär sei. Daher müsse der Bezirk flexibel sein. Es ginge nicht darum, Flüchtlinge zu verwöhnen. Die Container sollten aber so gestaltet werden, dass eine Unterbringung zumutbar sei. Manchmal habe er das Gefühl, der Bezirksrat wolle einfach nur Geld ausgeben. Häusermann sagt weiter, dass man auch bedenken müsse, dass ein Haus erst gebaut werden müsste und viel kosten würde. Überdies glaube er nicht, dass sich so viele Küssnachter wegen den Containern schämen müssten.

Severin Isenschmid, Küssnacht, sagt, dass man nicht einfach einer Planung von 400'000 Franken zustimmen könne. Bei diesem hohen Betrag müsse man das Projekt danach schon fast realisieren, weil ansonsten umsonst so viel ausgegeben worden wäre. Severin Isenschmid erkundigt sich beim Bezirksrat, ob der zur Diskussion stehende Betrag nicht einfach ein Platzhalter im Budget sei und letztlich so oder so noch im Rahmen einer separaten Abstimmung über den Planungskredit abgestimmt werden müsste. Wenn dem so wäre, wäre die laufende Diskussion umsonst. Er bittet den Bezirksrat um Klärung.

Säckelmeister Peter Küng erläutert, dass der Bezirksrat anlässlich seiner Sitzung vom 13. Juli den Grundsatzentscheid gefällt und das alte Projekt wieder hervorgehoben

habe, um einen Ersatzbau für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen anzugehen. Anschliessend sei entschieden worden, in der Investitionsrechnung im Voranschlag 2023 in vorausschauender Art und Weise Fr. 400'000.-- einzustellen. Küng will dies aber nicht unbedingt als Platzhalter verstanden wissen. Der Bezirksrat sei gewillt, zu einem späteren Zeitpunkt einen Planungskredit vors Volk zu bringen. Werde dieser angenommen, müsse das Volk zu einem noch späteren Zeitpunkt auch noch über den Baukredit befinden. Man befände sich nun an einem Punkt, wo das Thema noch mehrmals besprochen werden müsse.

Bezirksrat Toni Schuler erläutert, warum der Bezirksrat mittel- und langfristig einen Ersatzbau für die Unterkunft vorschlägt. Der Bezirksrat könne nicht nur auf kurzfristige Krisen reagieren. Es sei seine Aufgabe, das Gesamtbild im Auge zu haben. Im laufenden Jahr habe die Schweiz bereits 22'000 Asylgesuche registriert, davon ausgenommen seien jene Personen mit dem Schutzstatus S aus der Ukraine. Dennoch seien das derzeit doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren. Überdies würden sich derzeit rund 70'000 Personen mit Schutzstatus S aus der Ukraine in der Schweiz aufhalten. Der Bund rechne für die kommenden Wintermonate mit 35'000 weiteren Flüchtenden aus der Ukraine. Man müsse weiter davon ausgehen, dass in der Regel rund 75 Prozent der Flüchtenden längerfristig in der Schweiz bleiben würden, viele Reisen aber auch in andere Staaten wie Deutschland weiter. Dazu käme nun aber, dass es auch auf dem Balkan wieder brodle. Schuler erwähnt weiter, dass der Bezirk Küssnacht derzeit rund 300 Personen aus dem Asylbereich zählt, vor wenigen Monaten seien es noch 130 Personen gewesen. Diese Zunahme habe die Verwaltung vor grosse Herausforderungen gestellt, um die Unterbringung und die Betreuung gewährleisten zu können. Toni Schuler erwähnt weiter, dass der Bezirksrat im Jahr 2020 ein Projekt für eine Asylunterkunft sistiert habe, weil damals anderweitig preisgünstiger Wohnraum verfügbar gewesen sei. Heute sei die Situation aber wieder anders. Der preisgünstige Wohnraum innerhalb des Bezirks sei rar geworden, folglich – teilweise auch bedingt durch Sanierungen älterer Gebäude – seien die Mietkosten gestiegen. Es könne längerfristig nicht die Lösung sein, einfach mehr Container zur Unterbringung der Personen aufzustellen. Die Container würden lediglich bei den Erstellungskosten überzeugen. Alle anderen Punkte würden für einen Neubau sprechen. Schuler erwähnt die Energiekosten, die Ökobilanz oder die Lebensqualität. Da die Container intensiv genutzt würden, würde die Lebensdauer dieser Wohneinheiten lediglich zehn Jahre betragen. Auf lange Sicht sei man daher mit den Containern nicht günstiger. Weiter erwähnt Toni Schuler die tiefe Lebensqualität in den Kollektivunterkünften. Die fehlende Privatsphäre wirke sich auch auf die Gesundheit der Leute aus. Kollektivunterkünfte seien insbesondere für Familien nicht tauglich. Der Bezirksrat plädiere aus all diesen Gründen für einen Neubau oder gegebenenfalls für eine Umnutzung. Er zieht zudem den Vergleich zur Gemeinde Ingenbohl, wo sich ein Neubau bewährt habe. Bezirksrat Toni Schuler fragt die Versammlung, ob Container als Unterkünfte wirklich menschenwürdig seien. Er bittet die Versammlung, dem Bezirksrat eine Chance zu geben, ein Projekt auszuarbeiten. Er pladiert dafür, den Antrag von Roli Müller abzulehnen.

Bezirksammann Oliver Ebert schliesst die Diskussion, da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. Er stellt abschliessend fest, dass der Bezirksrat nicht, wie in einem Votum erwähnt, einfach Geld ausgeben möchte. Überdies erwähnt er, dass die Situationen in den Unterkünften gerade für Familien schwierig sei. Zudem brauche es für die Unterkünfte sowohl schnelle als auch langfristige Lösungen. Er erläutert nochmals den Abstimmungsmodus und nimmt dann die Abstimmung vor.

Abstimmung Antrag Roli Müller

Der Antrag von Roli Müller zur Streichung der Planungskosten für eine neue Asylunterkunft im wird mehrheitlich abgelehnt.

Steuerfuss 2023

Severin Isenschmid, Küssnacht, stellt als Präsident der FDP-Ortspartei Küssnacht den Antrag um Senkung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen von 165% auf 155%. Er argumentiert, dass die Finanzlage des Bezirks sehr gut sei, wofür er dem Bezirksrat auch dankt. Er vertrete aber die Ansicht, dass die Finanzen nicht dem Bezirk gehören würden, sondern dem Gemeinwesen – also den Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger sollten daher von der guten Finanzlage profitieren. Aus der Steuersenkung von 165 auf 155% würden schätzungsweise Mindereinnahmen von 4 bis 5 Mio. Franken resultieren, dies sei für den Bezirk Küssnacht mit einem Eigenkapital von rund 100 Mio. Franken jedoch verkraftbar. Denn der Bezirk solle mittelfristig ausgeglichene Rechnungen präsentieren können und nicht riesige Gewinne anhäufen. Das Gegenargument gegen eine Steuersenkung sei bisher stets die Südumfahrung 2 gewesen. Inzwischen seien aber die veranschlagten Mehrkosten dieses Projekt derart immens, dass man ohnehin darüber abstimmen müsste. Dieses Projekt würde den Bezirk aber erst in etlichen Jahren belasten. Weiter führt Isenschmid aus, dass die Gemeinden künftig bei den Ergänzungsleistungen entlastet würden. Für die FDP sei eine Steuersenkung schon länger ein Thema, man habe nun aber abgewartet, wie sich Corona auswirkt. Gewisse Vorsicht sei geboten gewesen. Nun habe sich aber gezeigt, dass die Einnahmen weiterhin sprudeln. Die Arbeitslosigkeit sei zudem enorm tief. Für eine Steuersenkung sei nun genau der richtige Zeitpunkt. Dazu käme, dass die Bürgerinnen und Bürger die derzeitige Inflation derzeit stark zu spüren bekämen. Sie sollten daher entlastet werden. Zudem seien die hiesigen Firmen von den Energie- und Materialpreisen gebeutelt, mussten nun aber ihren Angestellten höhere Löhne bezahlen. Die Zeit für eine moderate Steuersenkung sei nun reif. Der Bezirk solle nicht Steuern auf Vorrat erheben.

Josef Risi, Küssnacht, sagt, dass sich der Bezirk Küssnacht glücklich schätzen könne mit solch guten Finanzen. Dafür dankt er dem Bezirksrat recht herzlich. Nun sei es der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung, denn derzeit müssten die Bürgerinnen und Bürger ohnehin schon tief ins Portemonnaie schauen. Risi erwähnt die Neubewertung durch HRM2 und die stark zugenommenen Ausgaben innert den vergangenen zwei Jahren. Weiter erwähnt er, dass die einzuführende OECD-Mindeststeuer dazu führen werde, dass die Firmen höher besteuert wurden. Der Bezirk habe überdies das höchste Eigenkapital des gesamten Kantons. Er solle daher allen etwas zurückgeben. Er unterstütze daher den Antrag von Severin Isenschmid zur Steuersenkung.

Martin Raña, Küssnacht, spricht im Namen der SP-Ortspartei Küssnacht. Er fragt rhetorisch, wie viel ein einfacher Bürger mit einem kleineren oder mittleren Einkommen wirklich sparen könne durch die vorgeschlagene Steuersenkung. Würde der eingesparte Betrag überhaupt ausreichen, um die Nebenkostenabrechnung eines Monats zu bezahlen? Laut Raña gäbe es bessere Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger zu entlasten – beispielsweise mit Prämienverbilligungen. Leider hätten die Ständeräte, allen voran die Schwyzer, davon nichts wissen wollen. Auch ein voller Teuerungsausgleich beim Lohn wäre gemäss Raña eine gute Möglichkeit. Der Sprechende wünschte sich, dass auch der Kanton Schwyz seinen Angestellten den vollen Teuerungsausgleich gewähren würde. Eine weitere Idee wäre eine Energiezulage gewesen, bei der die Kantonsräte der FDP jedoch keinen Sinn gesehen hätten. Martin Raña beurteilt eine mögliche Steuersenkung kritisch. Er verweist auf die grossen anstehenden Investitionen. Zuletzt verweist er auf den, aus seiner Sicht wichtigsten Punkt, nämlich dass mit einer Steuersenkung der Bezirk nur noch attraktiver gemacht würde. Das würde zu noch teureren Mieten und Immobilienpreisen führen. Es sei nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Bezirks,

wenig Geld zu sparen und danach das Mehrfache für die Miete auszugeben.

Samuel Lütolf, Küssnacht, spricht als Vertreter der SVP. Er erwähnt, dass der Bezirk in den vergangenen Jahren seine Rechnungen stets mit einem Plus abgeschlossen habe. Das Eigenkapital sei zudem überdurchschnittlich. Weiter werde derzeit alles teurer, das Geld verliere an Wert. Die Teuerung belaste die Bevölkerung. Daher sei es nicht mehr als recht, dass der Bezirk sein Vermögen herunterfahre und die Leute entlaste. Lütolf erwähnt weiter, dass im Sozialwesen in den vergangenen Jahren verschiedene Kosten auf den Kanton übertragen werden konnten. Der Bezirk konnte folglich sparen. Daher sei es nun richtig, einer Steuersenkung zuzustimmen.

Stefan Christen, Küssnacht, pflichtet seinem Vorredner bei. Er erläutert nochmals die Kostenumverteilungen hin zum Kanton. Überdies erwähnt er, dass alle geplanten Projekte und Vorlagen des Bezirks derzeit nicht spruchreif seien. Daher solle man die Leute nun mit einer Steuersenkung entlasten. Diese sei für alle, nicht nur für wenige.

Alex Keller, Küssnacht, erinnert daran, dass der Kanton Schwyz einst seine Steuern gesenkt hatte und danach finanzielle Probleme bekommen habe. Erst dank der nun erfolgten Steuererhöhung sei er wieder in eine komfortable Lage gekommen. Keller sagt weiter, dass der Bezirk nicht einfach so Steuern einnimmt, sondern dass der Bezirksrat versuche, Aufgaben zu lösen und Lösungen zu erarbeiten. Überdies sei der Bezirksrat sehr bestrebt, überall kostengünstige Lösungen herbeizuführen. Ansonsten hätte er nicht nochmals das ganze Budget durchgekämmt und geschaut, wo sich noch etwas einsparen liesse. Keller verweist weiter auf die Investitionsrechnung. Er sagt, dass alles was im Bezirk gebaut werde, für die Allgemeinheit sei. Sportanlagen seien etwa für die Jugend und die Vereine. Sie würden eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglichen. Es sei wichtig, dass der Bezirk Investitionen tätigen könne und der Bezirksrat seine Aufgaben gut lösen kann. Keller gibt zu bedenken, dass die Finanzaussichten von vielen Unbekannten begleitet wurden. Er erinnert an die unsichere Zins- und Preisentwicklung. Umso wichtiger sei, dass der Bezirk punkto Steuern verlässlich planen kann. Wenn man aber das Gefühl hat, sagt Keller, man nehme mit den Steuern irgendwem etwas weg, dann habe man eine komische Wahrnehmung. Er appelliert daher für den Vorschlag des Bezirksrats, den Steuerfuss so wie bis anhin zu belassen.

Silvio Beringer, Küssnacht, meldet sich als Vertreter der Mitte-Ortspartei zu Wort. Auf den ersten Blick sei eine Steuersenkung gut und recht. Doch bereits auf den zweiten Blick – insbesondere, wenn man auch die Kennzahlen zum Voranschlag 2023 studiert habe – sehe es anders aus. Beringer gibt zu bedenken, dass derzeit nicht der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung sei. Bereits ohne Senkung des Steuerfusses könne der Bezirk bis 2026 nicht mehr mit Nettovermögen rechnen, stattdessen mit einer Nettoverschuldung. Beringer verweist auf die Probleme der beiden Spezialfinanzierungen Sunnehof und Feuerschutzwesen. Zudem stünden viele Investitionen sowie die Südumfahrung 2 noch an. Die Mitte beantragt daher den Antrag für eine Steuersenkung abzulehnen. Es sollen nicht Schulden auf die nächste Generation abgewälzt werden.

Bezirksammann Oliver Ebert, schliesst die Diskussion, da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. Bevor er zur Abstimmung über den Antrag schreitet, erläutert er, wie sich das Eigenkapital von rund 100 Mio. Franken zusammensetzt. Durch die Einführung von HRM2 sei das Finanzvermögen um rund 60 Mio. Franken aufgewertet worden. Insbesondere würden Immobilien und Liegenschaften durch die neue Rechnungsführung anders bewertet, was stark ins Gewicht falle. So werde die Schürmatt nun mit einem Wert von 36 Mio. Franken geführt. Das Land soll dereinst zu günstigen Konditionen im Baurecht zur Realisierung von günstigem Wohnraum abgegeben werden. Zudem seien die Liegenschaften im Fänn mit 4 Mio. Franken geführt. Der Bezirk beabsichtigt jedoch, dieses Land nicht zu verkaufen, sondern darauf Firmen im Baurecht anzusiedeln. Über-

dies müsse der Bezirk noch immer 54 Mio. Fremdkapital abbauen. Kurzum: Das Eigenkapital von rund 100 Mio. Franken ist in Realität wesentlich kleiner als man auf den ersten Blick meint. Die Grundlage für eine Steuersenkung sei so sicher nicht gegeben. Weiter würde der Bezirk im kommenden Jahr mit einem Ertragsüberschuss von lediglich Fr. 250'000 -- rechnen -- dies bei einem Gesamtaufwand von rund 80 Mio. Franken. Dies sei ebenfalls keine Grundlage für eine Steuersenkung. Zudem stünden in den kommenden Jahren grosse Infrastrukturprojekte mit Gebäuden, Strassen und weiteren Vorhaben an. Zu berücksichtigen ist dabei die derzeitige Teuerung. Zinsen, Energie-, Unterhalts- und Beschaffungskosten seien im Steigen. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz habe zwar ab nächstem Jahr für die Bezirke und Gemeinden eine «Entlastung» in der Höhe von insgesamt 50 bis 60 Millionen Franken in Aussicht gestellt. Aufgrund der derzeitigen Situation der Nationalbank sei aber mit weniger Gewinnausschüttung an die Kantone zu rechnen. Nichtsdestotrotz hoffe der Bezirksrat auf eine positivere Entwicklung. Er werde die Entwicklung sicher im Auge behalten und eine Steuersenkung zu gegebener Zeit prüfen. Zum aktuellen Zeitpunkt erachte der Rat aber 165 Einheiten als sinn- und massvoll an, auch im Hinblick auf eine verlässliche Steuerpolitik.

Säckelmeister Peter Küng ergänzt die Ausführungen des Bezirksammann. Er erwähnt, dass die Bezirksgemeinde vor einiger Zeit darüber abgestimmt habe, dass der Kanton den Beitrag zur Ergänzung der Sozialleistungen übernehme, der Bezirk aber weiterhin für die Prämienverbilligungen und Pflegefinanzierung aufkomme. Nichtsdestotrotz sei man nun nach vier Jahren bei diesen Ausgaben im Sozialbereich wieder auf dem gleichen Niveau. Weiter erwähnt Peter Küng auch nochmals, dass der Kanton den Gemeinden und Bezirken eine finanzielle Entlastung angekündigt hat. Bisher sei jedoch kein Geld geflossen und es sei auch noch nicht sicher, wann dieses Geld fließen werde. Folglich könne man auch nicht über Geld sprechen, dass nicht da ist. Der Säckelmeister erläutert nochmals, dass der Bezirk beabsichtige, im kommenden Jahr 17 Millionen Franken zu investieren, der Ertragsüberschuss aber lediglich mit 250'000 Franken veranschlagt werde. Weiter verweist er auf die 54 Millionen Franken Fremdkapital. Das Fremdkapital werde in den kommenden Jahren anwachsen, sagt Küng. Seit zwei Jahren sei der Bezirk überdies daran, die Kosten für die Südumfahrung zurückzubezahlen. Für die kommenden Jahre gäbe es zu viele Unsicherheiten. Deshalb beantragt der Säckelmeister, den Steuerfuss zu belassen.

Bezirksammann Oliver Ebert stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird und schreitet zur Abstimmung über den Antrag zur Steuersenkung.

Abstimmung Antrag Severin Isenschmid

Die Stimmzähler machen eine Mehrheit aus, die gegen den Antrag zur Reduktion des Steuerfusses stimmt. Da das Resultat aber unklar ist, wird die Abstimmung auf Antrag der Stimmzähler nochmals wiederholt und die Stimmen werden ausgezählt.

Der Antrag von Severin Isenschmid zur Reduktion des Steuerfusses von natürlichen und juristischen Personen von 165% auf 155% wird mit 49 zu 61 Stimmen und mehreren Enthaltungen abgelehnt.

Landschreiber Marc Sinoli verliest den Antrag für Voranschlag und Steuerfuss 2023:

Der Bezirksgemeinde wird beantragt:

- 1 die Nachtragskredite von Fr 90'400 --, zu Lasten der Erfolgsrechnung 2022 und Fr 1'335'875 -- zu Lasten der Investitionsrechnung 2022;

- 2 den Voranschlag 2023 umfassend die Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 254'389 85 und die Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von Fr 17'733'900 --;
- 3 das Budget 2023 des Pflegezentrums Seematt mit einem Aufwandüberschuss von Fr 62'219 --,
- 4 den Steuerfuss für das Jahr 2023 sei auf 165 % einer Einheit festzulegen und zu genehmigen.

Bezirksammann Oliver Ebert nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Die Versammlung genehmigt grossmehrheitlich durch Handerheben den Voranschlag 2023 und den Steuerfuss mit 165 % pro Einheit

C-Geschäft

9

250 Schulliegenschaften

250.5 Schulhaus Immensee

Traktandum 04 Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Erweiterung, Umbau und Sanierung der Schulanlage Immensee

Aktenzeichen. 250.5-15.1502.5

Bezirksrätlicher Sprecher

Säckelmeister Peter Küng

An der Bezirksgemeinde vom 9. April 2018 unterbreitete der Bezirksrat dem Stimmvolk einen Verpflichtungskredit für die Schulraumerweiterung, Umbauten und Sanierung Schulhaus Immensee. An der Urnenabstimmung vom 10. Juni 2018 wurde dieser Verpflichtungskredit mit einem Betrag von Fr. 4'845'000.--, (plus allfälliger Teuerung nach § 17 der damals gültigen Finanzhaushaltsverordnung für die Bezirke und Gemeinden [FHV-BG, SRSZ 153 111]) abzüglich kantonaler Subventionen von Fr. 148'000 -- mit 2'711 Ja- zu 586 Nein-Stimmen angenommen. Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 987/2018 vom 18. Dezember 2018 wurde dem Bezirk Küssnacht für die "Schulraumerweiterung, Umbauten und Sanierung Schulhaus Immensee" ein Kantonsbeitrag von Fr. 280'000.-- zugesichert.

Unter der Leitung der vom Bezirksrat ernannten Baukommission und des Ressorts Infrastruktur wurden die Arbeiten im Herbst 2021 abgeschlossen. Die Abnahme durch den Kanton für die Auszahlung der Subventionen hat am 3. März 2022 stattgefunden. Der zugesicherte Beitrag von Fr. 280'000 -- ist beim Bezirk mittlerweile eingegangen.

Der Minderaufwand von Fr. 1'153'402 95 ist auf folgende Kostenträger zurückzuführen: Die Vergaben konnten tiefer gegenüber dem Kostenvoranschlag vergeben werden. Bei der Heizungsanlage wurde als Energieträger an die Seewasser-Fernwärmeleitung angeschlossen, dadurch entstand der grösste Minderaufwand. Folgende Positionen ergaben

gemäss Schlussrechnung einen Minderaufwand gegenüber dem Kostenvoranschlag:

Heizungs- und Lüftungsanlage	Fr.	490'573.75
Holzbauarbeiten	Fr.	111'852.15
Spengler- und Flachdacharbeiten	Fr.	187'576.80
Elektroanlagen	Fr.	178'885.40
Honorare: Ingenieure, Bauleitung etc.	Fr.	113'200.15
Tiefere Vergaben u. Ausmassreserven	Fr.	71'314.70
Total Minderaufwand	Fr.	1'153'402.95

Die Verpflichtungskreditabrechnung präsentiert sich wie folgt:

A)	Zur Verfügung ste-
hender Kredit	
Planungskredit gemäss Botschaft vom 9. April 2018	Fr. 4'845'000.00
Total zur Verfügung stehender Kredit	Fr. 4'845'000.00
B)	Effektive Kosten
Kosten gemäss Bauabrechnung	Fr. 3'971'597.05
./.. effektiver Kantonaler Beitrag	Fr. 280'000.00
Total zu Lasten des Bezirks	Fr. 3'691'597.05
C)	Mehr-
/Minderkosten	
Bewilligter Kredit	Fr. 4'845'000.00
./.. Netto-Baukosten	Fr. 3'691'597.05
Kreditüberschuss (Minderaufwand)	Fr. 1'153'402.95

Säckelmeister Peter Küng bedankt sich abschliessend recht herzlich bei den Mitgliedern der zuständigen Baukommission

Bezirksammann Oliver Ebert eröffnet die Diskussion und erwähnt, dass die Rechnungsprüfungskommission das Geschäft geprüft hat und es zur Annahme empfiehlt. Er stellt fest, dass es keine Wortmeldungen gibt.

Der Bezirksgemeinde wird beantragt:

Die vorliegende Schlussabrechnung über den Verpflichtungskredit Schulraumerweiterung, Umbauten und Sanierung Schulhaus Immensee mit einem Minderaufwand von Fr. 1'153'402.95 sei zu genehmigen.

Bezirksammann Oliver Ebert nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die Schlussabrechnung über den Verpflichtungskredit Schulraumerweiterung, Umbauten und Sanierung Schulhaus Immensee.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt nach Wortmeldungen zum Traktandum Verschiedenes.

Pius Bürgler, Merlischachen, weist darauf hin, dass die Bezirksgemeinde den Vorschlag des Pflegezentrums Seematt in Küssnacht – soweit ihm bekannt – lediglich zur Kenntnis und nicht genehmigen hätte müssen.

Landschreiber Marc Sinoli entgegnet und verweist auf die vom Volk genehmigten Statuten des Pflegezentrums Seematt. Dort sei ausdrücklich festgehalten, dass der Vorschlag genehmigt werden müsse.

Bezirksammann Oliver Ebert stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Bezirksammann Oliver Ebert macht auf einige Termine im kommenden Jahr aufmerksam. Die Bezirksgemeinde für die Jahresrechnung 2022 findet am **Dienstag**, 25. April 2023 statt und die Medienkonferenz dazu am Donnerstag, 30. März 2023. Weiter weist er auf den Neujahrsapéro am Sonntag, 8. Januar 2023, im Monséjour hin.

Bezirksammann Oliver Ebert erklärt die Bezirksgemeinde als geschlossen.

Schluss der Bezirksgemeinde um 21.45 Uhr

NAMENS DES BEZIRKSRATES UND DER BEZIRKSGEMEINDE

Der Bezirksammann

Oliver Ebert

Der Landschreiber

Marc Sinoli

Bezirksgemeinde

Montag, 12. Dezember 2022

Voranschlag 2023



1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
2. Wahl der Stimmenzählenden
3. Genehmigung des Voranschlages 2023
mit Festsetzung des Steuerfusses 2023
4. Schlussabrechnung Verpflichtungskredit
Schulraumerweiterung, Umbauten und
Sanierung des Schulhauses Immensee
5. Verschiedenes

Genehmigung des Voranschlages 2023 mit Festsetzung des Steuerfusses 2023

- Es werden Nachtragskredite der Erfolgsrechnung 2022 von insgesamt Fr. 90'400.– sowie der Investitionsrechnung 2022 von total Fr. 1'335'875.– beantragt.
- Die Erfolgsrechnung für den Voranschlag 2023 rechnet mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 254'389.85.
- Die Nettoinvestitionen 2023 werden mit Fr. 17'733'900.– budgetiert.

Genehmigung des Voranschlages 2023 mit Festsetzung des Steuerfusses 2023

- Der Voranschlag 2023 des Pflegezentrums Seematt rechnet mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 62'219.–.
- Der Steuerfuss für das Jahr 2023 wird auf 165% je Einheit beantragt.

Nachtragskredite Erfolgsrechnung 2022

Aufgrund von § 46 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden vom 30. Mai 2018 unterbreitet der Bezirksrat **Nachtragskredite** im Gesamtumfang von **Fr. 90'400.– zu Lasten der Erfolgsrechnung 2022.**

Nachtragskredite Investitionsrechnung 2022

Aufgrund von § 46 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden vom 30. Mai 2018 unterbreitet der Bezirksrat **Nachtragskredite** im Gesamtumfang von **Fr. 1'335'875.-- zu Lasten der Investitionsrechnung 2022.**

Erfolgsrechnung

Kostenart in Mio. CHF	Budget 2022	Budget 2023	Abw. Budget absolut
Aufwand	76.119	81.425	- 5.306
Ertrag	77.226	81.679	+ 4.453
Ergebnis	+ 1.107	+ 0.254	+ 0.853

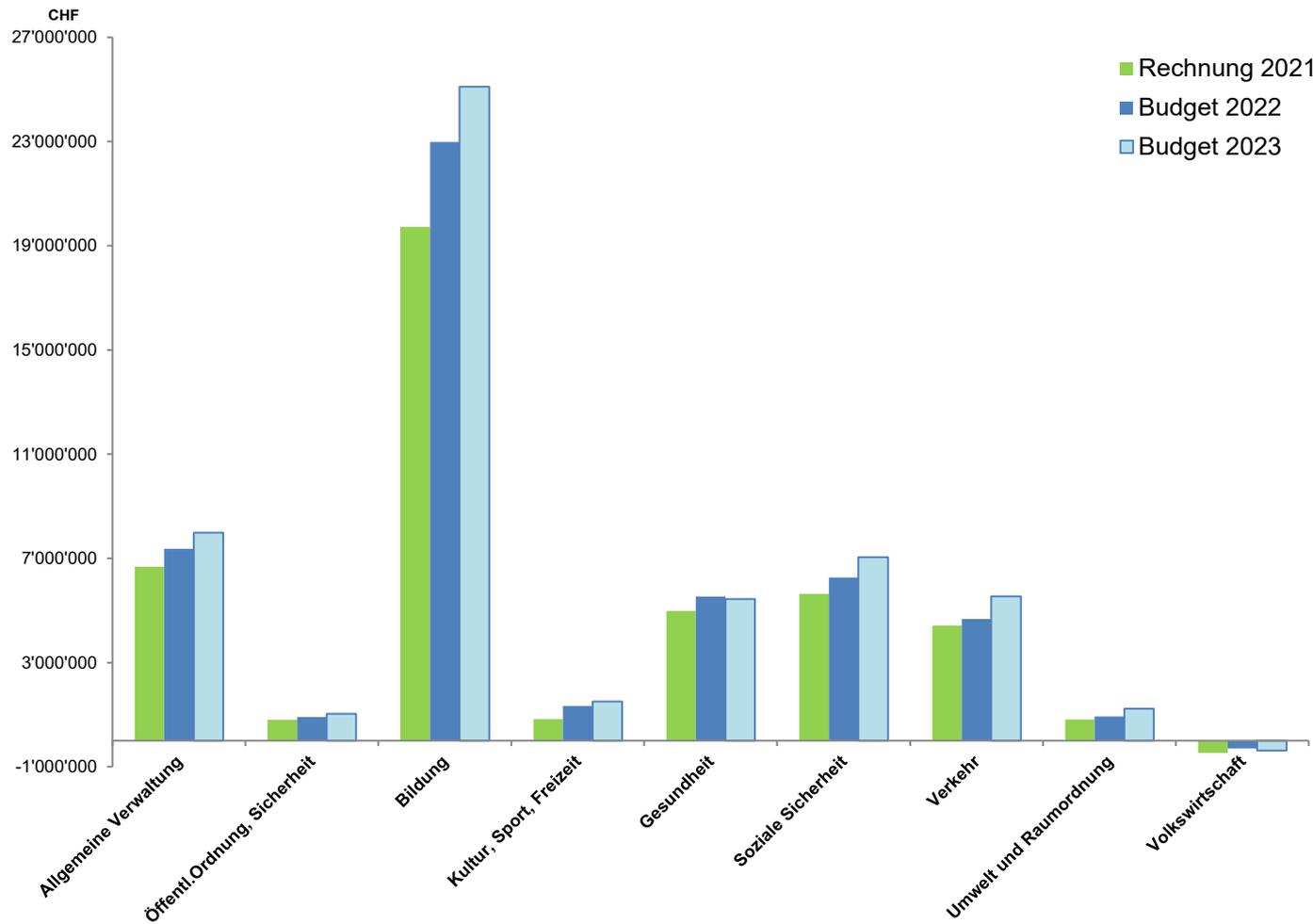
Personalaufwand

Funktionen in Mio. CHF	Budget 2022	Budget 2023
ALLGEMEINE VERWALTUNG	4'753'660	5'376'630
ORDNUNG UND SICHERHEIT	1'732'010	1'836'860
BILDUNG	19'734'200	20'791'570
KULTUR, SPORT, FREIZEIT	58'400	61'500
GESUNDHEIT	8'835'381	8'750'680
SOZIALE SICHERHEIT	1'373'400	1'719'400
VERKEHR	1'122'500	1'232'180
UMWELTSCHUTZ, RAUMORDNUNG	348'920	444'340
VOLKSWIRTSCHAFT		
FINANZEN UND STEUERN		
Total	37'958'471	40'213'160

Sachaufwand

Funktionen in Mio. CHF	Budget 2022	Budget 2023
ALLGEMEINE VERWALTUNG	2'960'580	2'865'435
ORDNUNG UND SICHERHEIT	770'800	726'070
BILDUNG	3'759'525	3'978'570
KULTUR, SPORT, FREIZEIT	575'390	649'935
GESUNDHEIT	1'632'550	1'823'600
SOZIALE SICHERHEIT	618'975	946'925
VERKEHR	1'162'255	1'092'745
UMWELTSCHUTZ, RAUMORDNUNG	2'142'700	2'465'490
VOLKSWIRTSCHAFT	17'000	43'650
FINANZEN UND STEUERN	224'000	74'500
Total	13'863'775	14'666'920

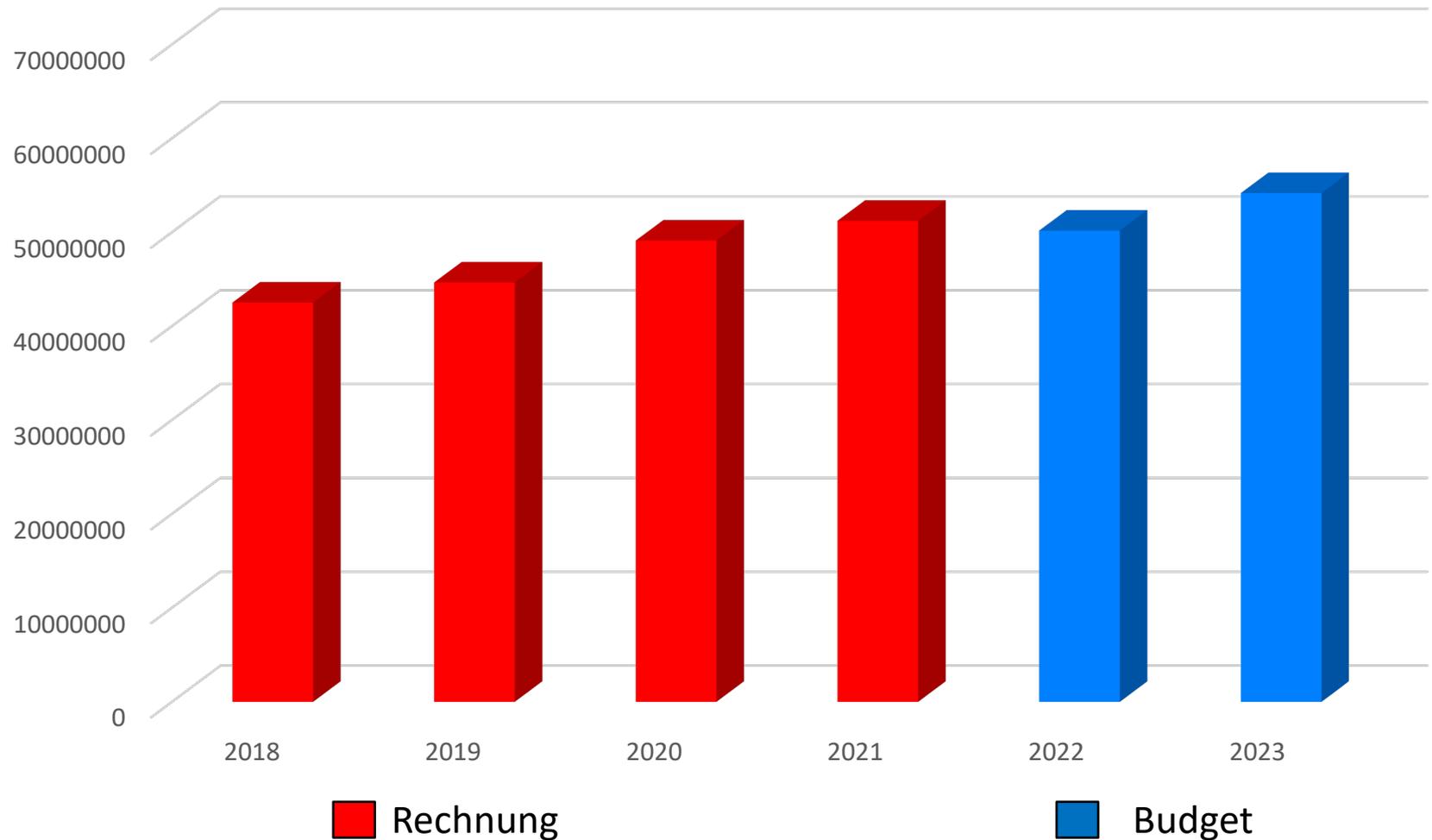
Aufwand nach Funktionen



Fiskalerträge

Kostenart in Mio. CHF	Budget 2022	Budget 2023	Abw. Budget absolut
Ertrag	50.166	54.161	3.995
<i>Natürliche Personen</i>	<i>46.510</i>	<i>50.400</i>	<i>3.890</i>
<i>Juristische Personen</i>	<i>3.590</i>	<i>3.695</i>	<i>0.105</i>

Fiskalerträge



Investitionsrechnung

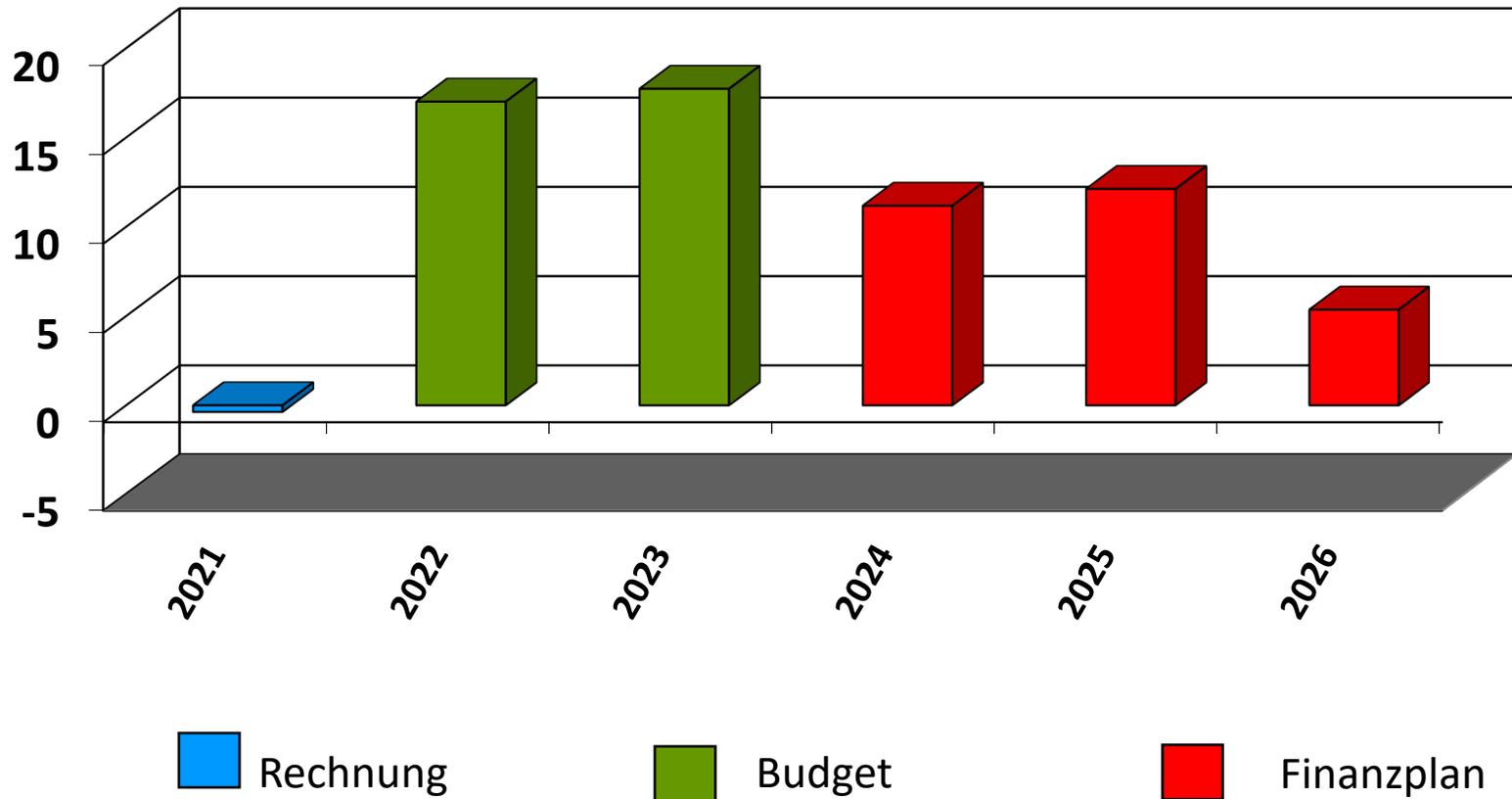
Kostenart in Mio. CHF	Budget 2022	Budget 2023
Investitionsausgaben	23.851	24.075
Investitionseinnahmen	-7.398	-6.341
Nettoinvestitionen	16.453	17.734

Investitionsrechnung

- Sportanlage Luterbach 2'000'000
- Provisorische Klassenzimmer SH Seematt 1 2'867'000
- Sanierung Seebodenstrasse 1'800'000
- Sportanlage Luterbach, Tiefgarage 2'622'000
- Renaturierung Dorf- u. Giessenbach (Lindenhofwiese) 2'507'000

Nettoinvestitionen

Mio. CHF



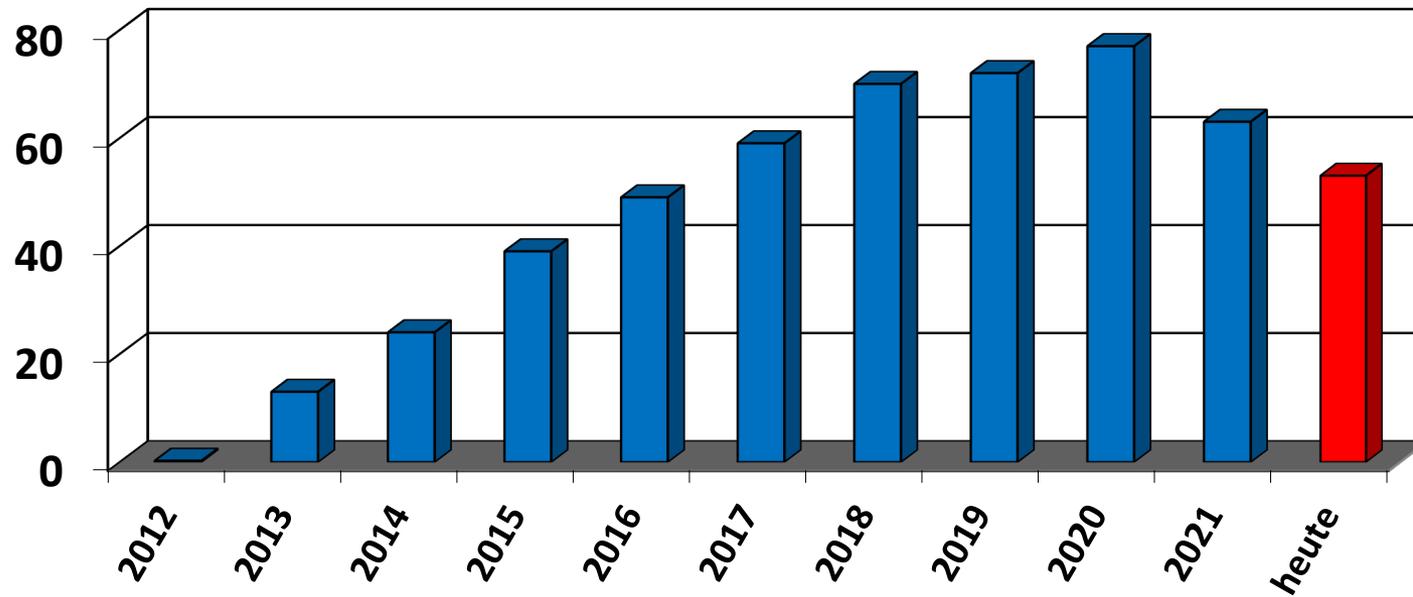
Ausblick Rechnung 2022 / Eigenkapital

- Für die Rechnung 2022 prognostizieren wir einen Ertragsüberschuss von rund 6 Mio. (Budget: 1 Mio)

- Eigenkapital rund 100 Mio.
 - Entstanden per 01.01.2021 durch Aufwertung Finanzvermögen HRM 2 (rund 60 Mio.)
 - Schürmatt ca. 36 Mio.
 - Fänn ca. 6 Mio.

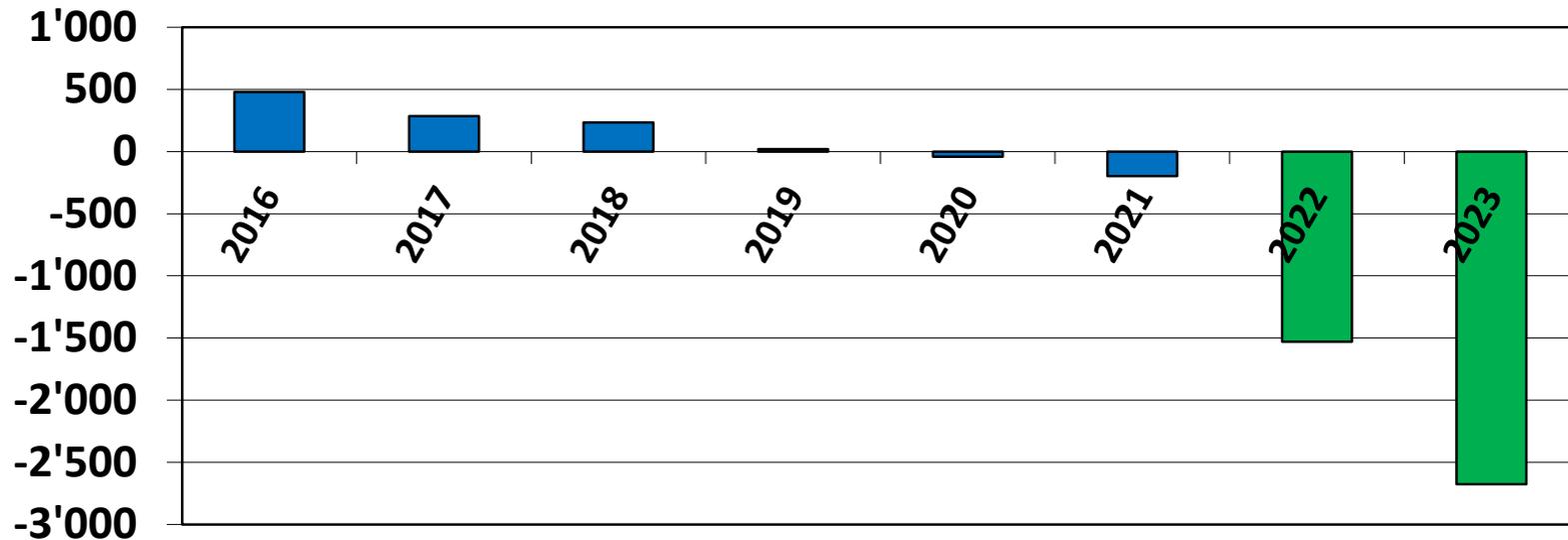
Fremdkapital

Mio. CHF



Spezialfinanzierung Schadenwehr / Feuerwehr

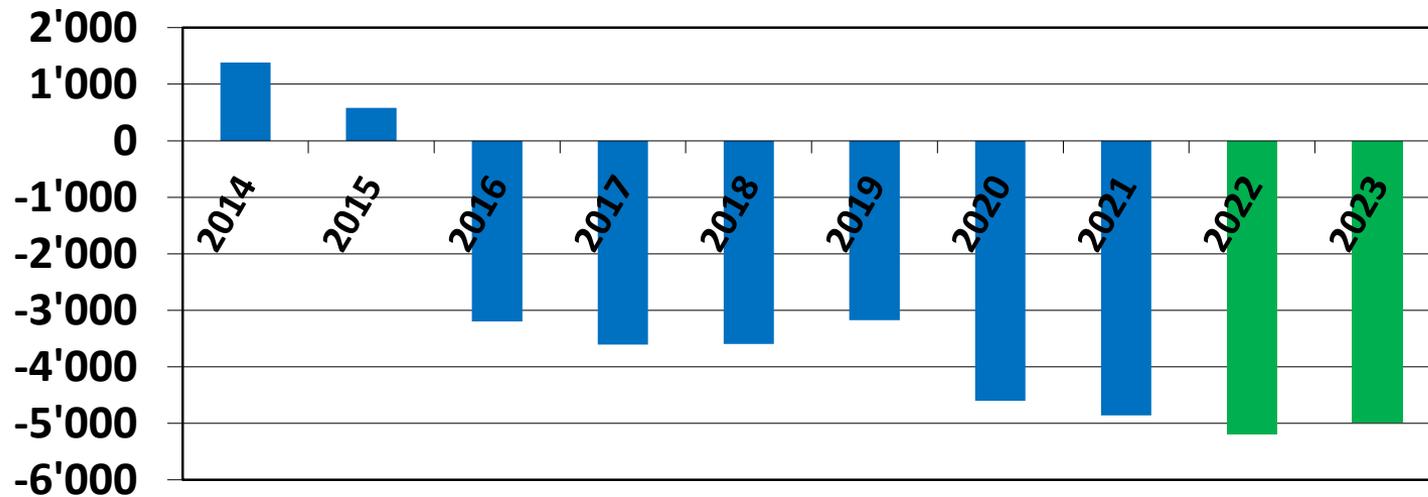
1'000 CHF



Negative Volksabstimmung vom Frühling 2022

Spezialfinanzierung Sunnehof

1'000 CHF



Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Schulraumerweiterung, Umbauten und Sanierung Schulhaus Immensee



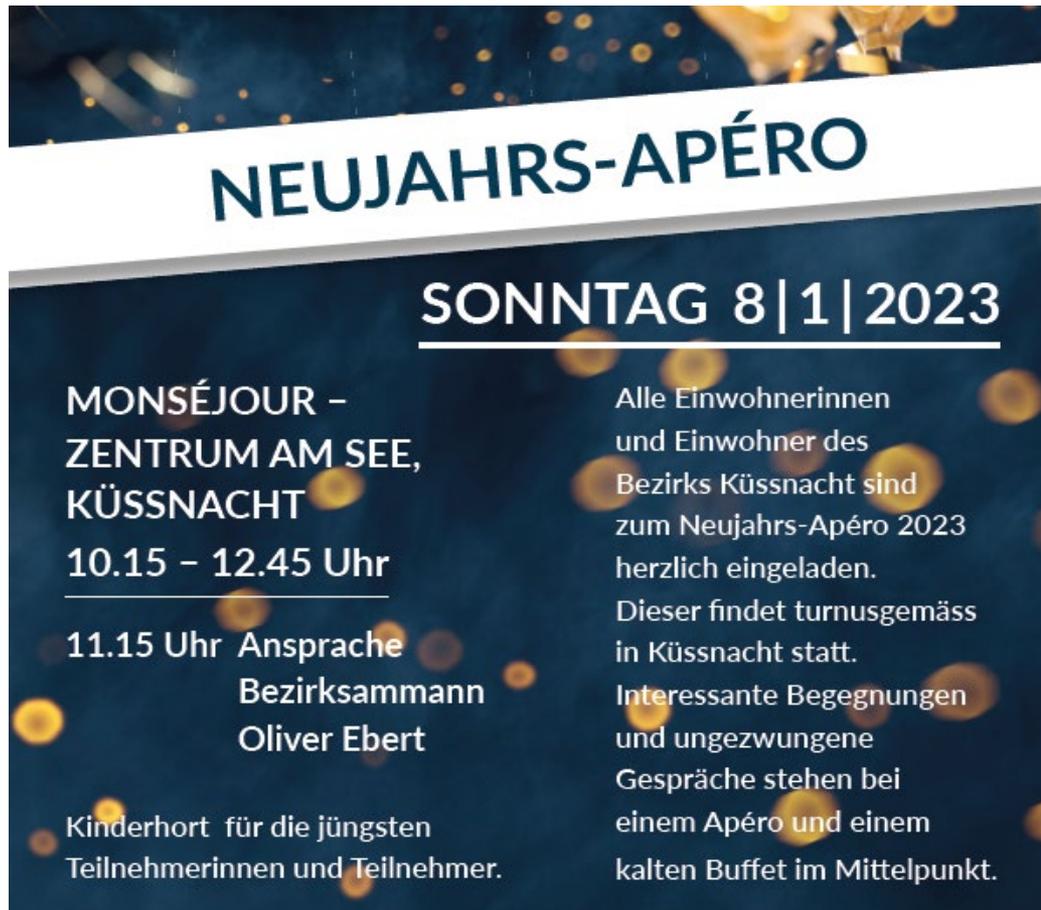
Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Schulraumerweiterung, Umbauten und Sanierung Schulhaus Immensee

Die Schlussabrechnung schliesst mit einem Minderaufwand von Fr. 1'153'402.95.

Verschiedenes



Einladung Neujahrsapéro



The poster features a dark blue background with a white diagonal banner at the top. The banner contains the text 'NEUJAHR'S-APÉRO' in a bold, dark blue, sans-serif font. Below the banner, the date 'SONNTAG 8 | 1 | 2023' is written in white, bold, sans-serif font, underlined. The left side of the poster contains the location 'MONSÉJOUR – ZENTRUM AM SEE, KÜSSNACHT' and the time '10.15 – 12.45 Uhr' in white, bold, sans-serif font. Below the time, the speaker '11.15 Uhr Ansprache Bezirksammann Oliver Ebert' is listed. At the bottom left, it says 'Kinderhort für die jüngsten Teilnehmerinnen und Teilnehmer.' The right side of the poster contains a paragraph of text in white, sans-serif font, inviting residents to the event and mentioning a buffet.

NEUJAHR'S-APÉRO

SONNTAG 8 | 1 | 2023

**MONSÉJOUR –
ZENTRUM AM SEE,
KÜSSNACHT**
10.15 – 12.45 Uhr

**11.15 Uhr Ansprache
Bezirksammann
Oliver Ebert**

Kinderhort für die jüngsten
Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Alle Einwohnerinnen
und Einwohner des
Bezirks Küssnacht sind
zum Neujahrs-Apéro 2023
herzlich eingeladen.
Dieser findet turnusgemäss
in Küssnacht statt.
Interessante Begegnungen
und ungezwungene
Gespräche stehen bei
einem Apéro und einem
kalten Buffet im Mittelpunkt.

Ausblick

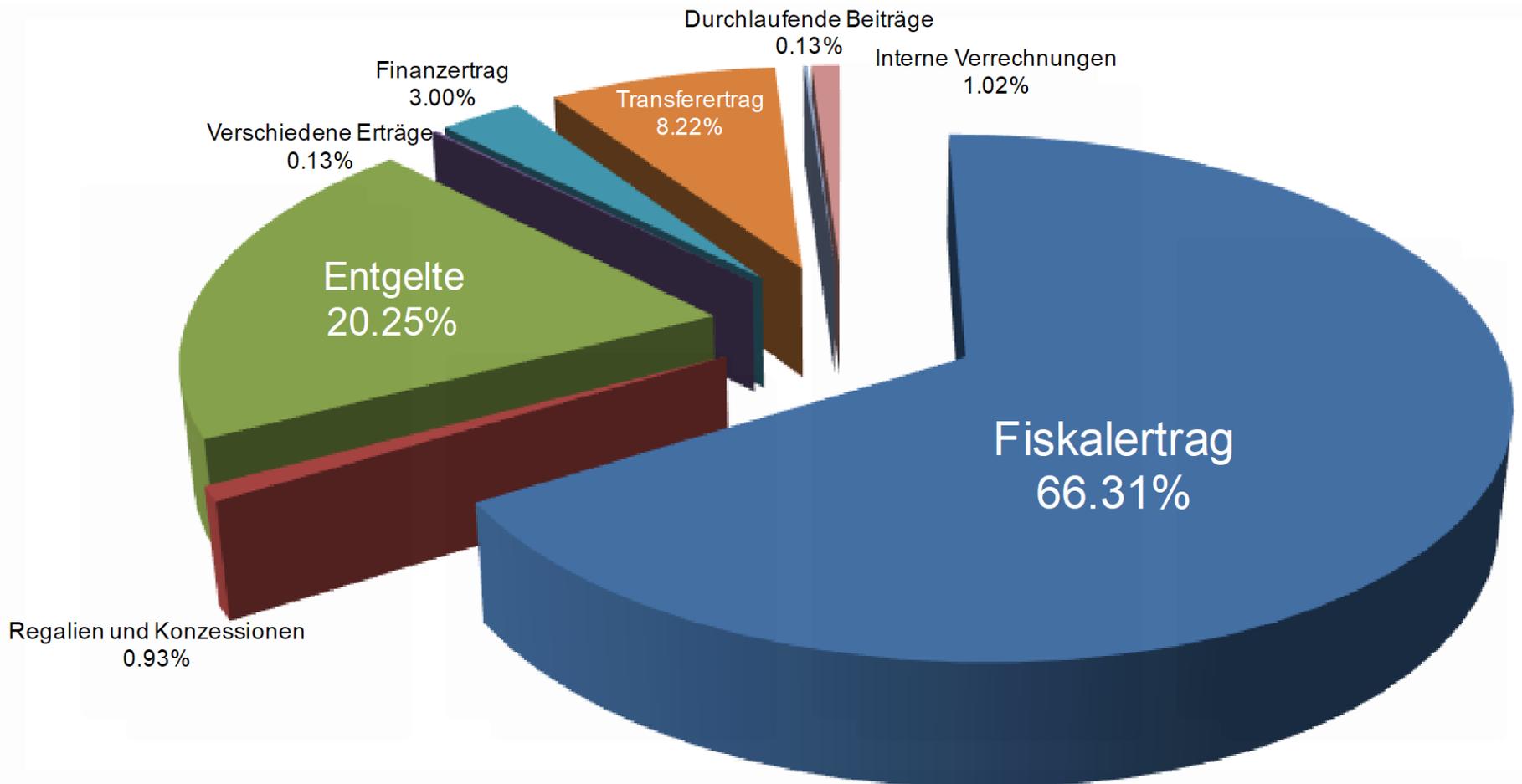
Die Bezirksgemeinde für die Jahresrechnung 2022 findet am **Dienstag, 25. April 2023** im Monséjour – Zentrum am See statt. Die Medienkonferenz wurde auf Donnerstag, 30. März 2023 festgelegt.



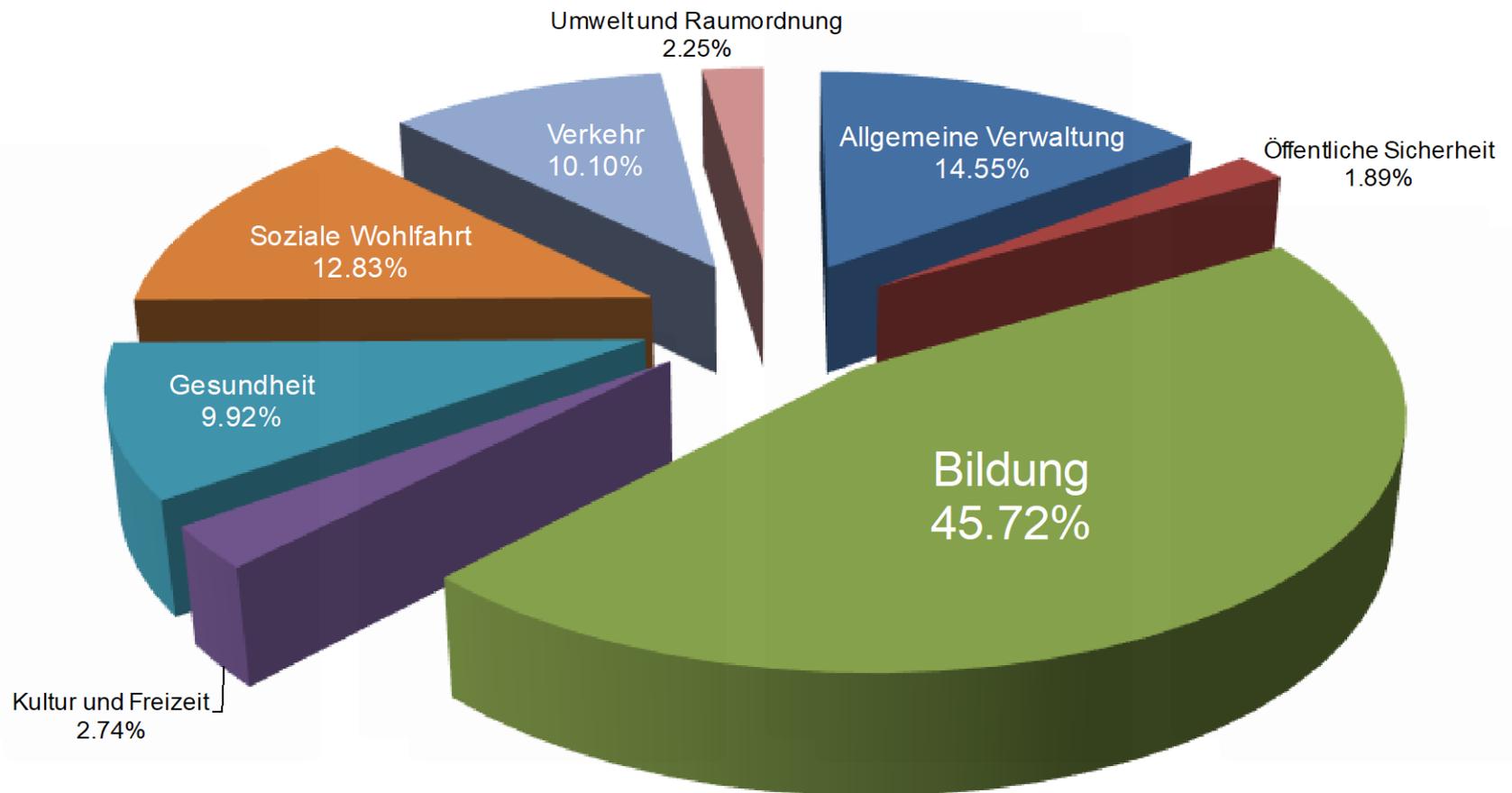


Der Bezirksrat dankt Ihnen für Ihre Teilnahme an der heutigen Bezirksgemeinde und Ihr Interesse am politischen Geschehen im Bezirk Küssnacht.

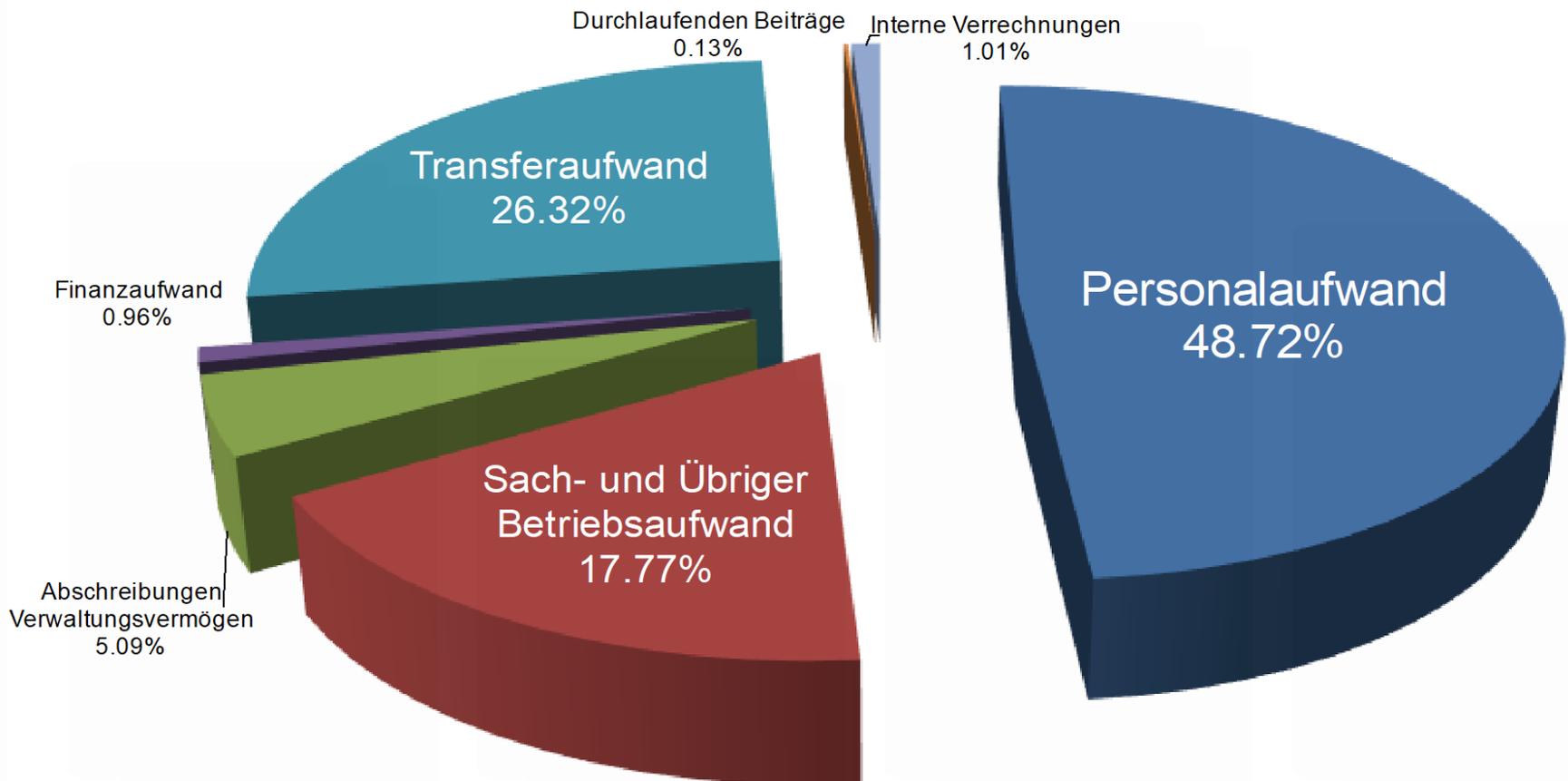
Artengliederung Ertrag



Nettoaufwand



Artengliederung Aufwand



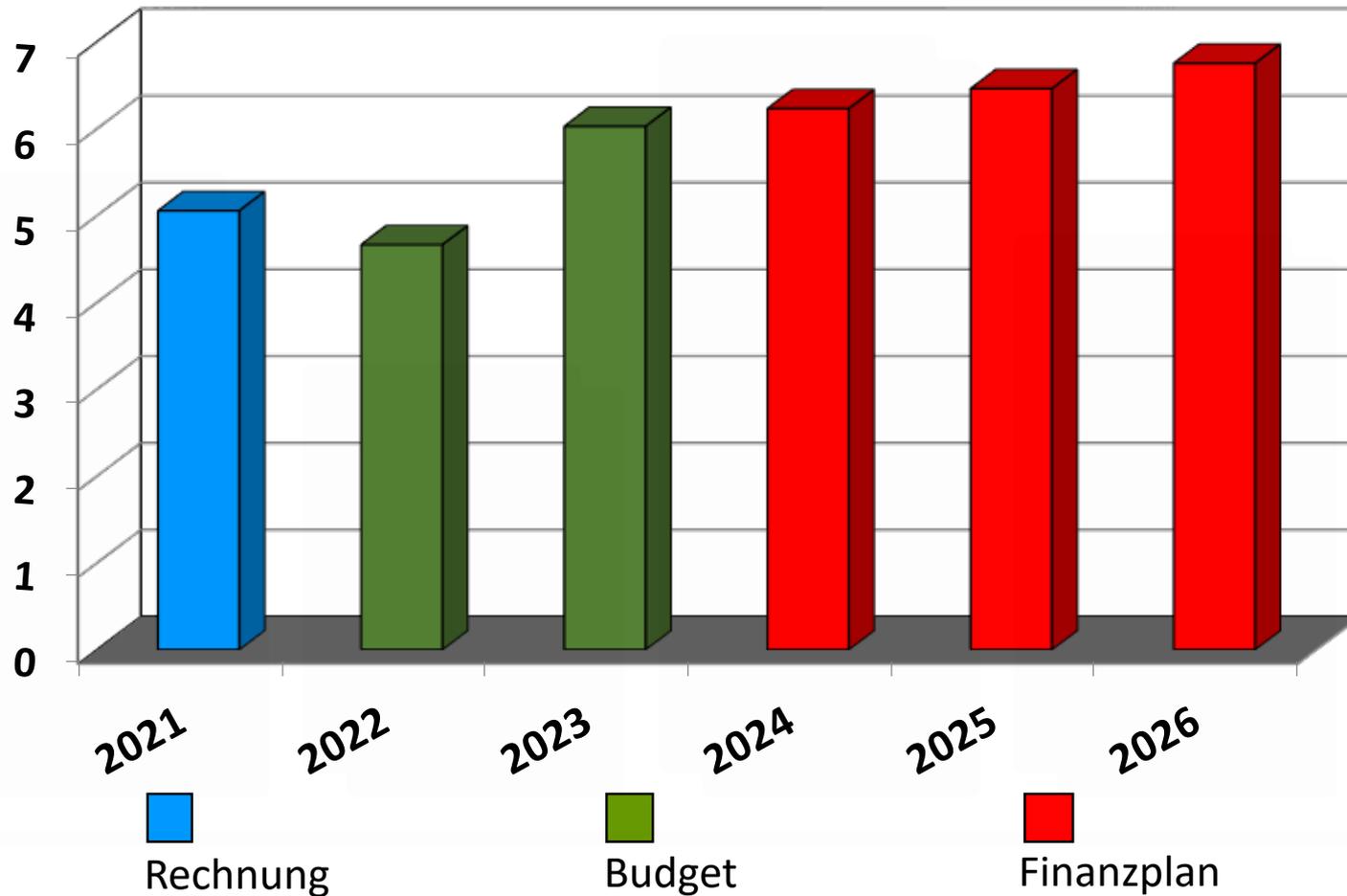
Steuersenkung 5 %

Natürliche Personen

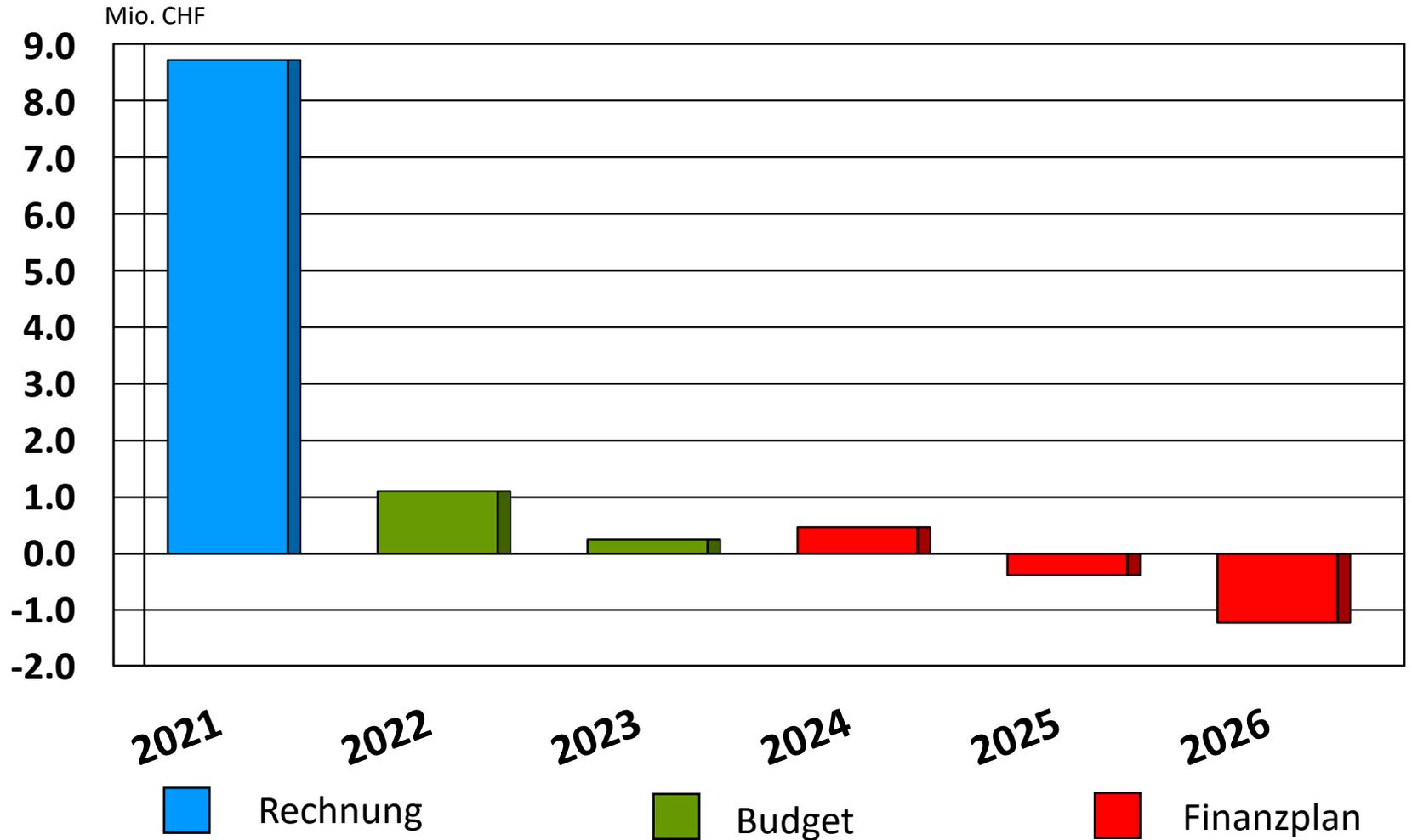
Voranschlag 2023:	50'400'000	Steuerfuss: 165
Senkung um 5 Einheiten	-1'527'273	- 5 Einheiten
Total	48'872'727	Steuerfuss: 160

Entwicklung Abschreibungen

Mio. CHF



Entwicklung Ergebnis



+ Aufwand, Defizit, Verschlechterung / - Ertrag, Überschuss, Verbesserung

- Finanzierungsüberschuss

+ Finanzierungsfehlbetrag

